

Genf 1973 – kein Vorbild

Gedanken zu einer Nahost-Friedenskonferenz

RÉMY GORGÉ

Bekanntlich befürworten der israelische Außenminister Schimon Peres und die von ihm geführte Arbeiterpartei die Einberufung einer unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehenden Friedenskonferenz. Sowohl Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien als auch die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und die Europäische Gemeinschaft treten für ein solches Treffen ein; man hört, daß auch Syrien grundsätzlich bereit ist, sich zu beteiligen, während die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) trotz gelegentlich bejahender Aussagen ihres Vorsitzenden Yasir Arafat eine abwartende Stellung einzunehmen scheint. Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir, seine Likudpartei und die mit ihr verbündeten klerikalischen Parteien widersetzten sich jedoch mit allen Mitteln diesen Bemühungen. Aus diesem Grunde sind laut Peres Neuwahlen unausweichlich; ihre Bedeutung braucht nicht unterstrichen zu werden: Läßt sich eine hinreichende Mehrheit finden, die bereit wäre, mit den Nachbarn über die seit 1967 besetzten Gebiete zu verhandeln? Überdies harren, bis eine Konferenz überhaupt zustande kommt, eine Reihe schwieriger Verfahrensfragen einer Lösung. Wohl ist es vorgesehen, daß der UN-Generalsekretär diese einberuft, die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit dabei sind und nach der Eröffnung Israel in getrennten Ausschüssen mit Jordanien und voraussichtlich auch mit Ägypten, Libanon und Syrien allein, also sozusagen unter vier Augen, Gespräche führt; noch weitgehend ungeklärt ist jedoch, wie die eigentlichen Hauptbeteiligten, die Palästinenser – abgesehen von den Golanhöhen geht es schließlich um sie – vertreten sein sollen und welche Rolle den fünf »Großen« im Sicherheitsrat zukommt: eine Haupt- oder Nebenrolle oder gar ein Zwischending?

I

Wir werden in diesem Zusammenhange die letzte Nahost-Konferenz, die Ende Dezember 1973, also kurz nach dem Oktoberkrieg, in Genf zusammentrat, näher beleuchten, denn sie ist in mancher Hinsicht äußerst aufschlußreich. Vorerst scheint es angebracht, auf einige der heute herrschenden Vorstellungen bezüglich einer neuen Runde einzugehen, die vielerorts als verschwommen und verworren, ja sogar als gefährlich gebrandmarkt werden.

Es mag als widersinnig empfunden werden, doch ist es kaum zu bestreiten, daß die geplante Aufnahme von Verhandlungen den »Frieden« gefährden kann. Vor allem König Hussein von Jordanien, mit Peres die Haupttriebfeder für Gespräche, ist zu weit-sichtig und klug, um sich der Gefahren nicht bewußt zu sein. Er ist unausweichlich mit dem Schicksal von mehr als zwei Millionen Palästinensern – in seinem eigenen Land (am Ostufer des Jordan) und im von Israel seit 1967 besetzten Westjordanland – verbunden. Sollten bei einer Neuregelung Teile des Westufergebiets seinem Königreich angegliedert werden, könnte die daraus entstehende erdrückende Übermacht der Palästinenser die Herrschaft der Haschemiten in arge Bedrängnis bringen. Auch erfolgreiche Verhandlungen mit Israel könnten Husseins Thron ins Wanken bringen, denn ohne Zugeständnisse seinerseits kann sicherlich kein Übereinkommen erzielt werden; schon jetzt kann man nämlich für gewiß halten, daß viele Palästinenser (und mit ihnen viele andere Araber) jeglichen Vergleich mit Israel als Ver-rat empfinden und den König zur Verantwortung ziehen würden. Es ist auch durchaus denkbar, daß bisher befreundete arabische Staaten ihm Hilfgelder, auf die er angewiesen ist, kürzen oder sogar ganz versagen würden. Der König, der offensichtlich der Überzeugung ist, es sei noch bedrohlicher, den jetzigen Zustand auf dem Westufer mit Gelassenheit und Untätigkeit hin-

zunehmen, hat sich seit geraumer Zeit redlich um geeignete Rückendeckung bemüht, vor allem bei Yasir Arafat. Der PLO-Führer ist ihm jedoch, wie sattsam bekannt ist, immer wieder ausgewichen und hat ihm bislang jede Unterstützung bei Verhandlungen mit Israel verweigert. Für diejenigen, die Arafat – wie Hussein ein Überlebenskünstler – kennen, kommt seine Haltung kaum überraschend. Auch wenn es ihm in seinem Jahrzehnte dauernden Ringen gegen den jüdischen Staat nicht an Wagemut gefehlt hat, ist er doch stets vor Schritten zurückgeschreckt, welche die ohnehin brüchige Einheit der PLO gefährdet hätten; wiederholt ist es ihm gelungen, die verschiedenen Gruppen, aus denen die PLO zusammengesetzt ist, fest-zuketten – letztthin (in Algier) half ihm die Sowjetunion dabei.

Als ich ihn im August 1982 im Auftrage des UN-Generalsekretärs aufsuchte, schien seine letzte Stunde geschlagen zu haben. Eingeschlossen in West-Beirut, umringt von israelischen Truppen und unversöhnlichen Phalangisten, durch ständige Luftangriffe und Trommelfeuer von einem Versteck zum anderen gejagt, vom syrischen Präsidenten Hafez al-Assad verschmäht, empfing er mich mit meinen zwei Gefährten in einem Kellerschloß überaus selbstsicher und selbstbewußt. Zu unserem maßlosen Erstaunen überschüttete er uns anfänglich mit bitteren Vorwürfen, daß wir nicht ihn, sondern den libanesischen Präsidenten Sarkis zuerst aufgesucht hatten! Am Ende der Unterredung zeigte er sich jedoch erkenntlich und gerührt, daß wir uns seinetwegen im Bombenregen in die Hölle von West-Beirut begeben hatten; er umarmte und küßte uns, wie es bei den Arabern üblich ist. Was uns jedoch besonders auffiel, war seine unerschütterliche Überzeugung, daß seine PLO trotz der fürchterlichen Schläge, die sie einstecken mußte, weiterhin das Geschehen mitbestimmen würde und daß mit ihr auch in Zukunft voll zu rechnen sei. Es sei nicht verschwiegen, daß wir trotz der Eindringlichkeit, mit der er sprach, unsere Zweifel hatten – wir wurden aber wie viele andere eines Besseren belehrt . . .

Man ist sich nämlich darüber im klaren, daß die PLO bei einer Nahost-Konferenz eine maßgebende Rolle spielen wird, wenn sie auch, was anzunehmen ist, im Hintergrund verbleibt. Übrigens bleibt ihr eine direkte Teilnahme verwehrt, solange sie die gewichtige Resolution 242 des Sicherheitsrats vom 22. November 1967 (Text: VN 5/1979 S.155) verwirft; diese Entschließung hat im wesentlichen die Anerkennung Israels als Gegenleistung für die Räumung besetzter Gebiete zum Inhalt. Es steht aber auch fest, daß jeder palästinensische Vertreter – in welcher Eigenschaft auch immer – der PLO genehm sein müßte und sich über ihre Wünsche nicht hinwegsetzen könnte. König Hussein

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Friedemann Büttner, geb. 1938, ist Professor für Politik und Zeitgeschichte des Vorderen Orients am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Dr. Rémy Gorgé, geb. 1923, Schweizer Jurist, stand 1948–1983 im Dienste der Vereinten Nationen. 1956–1959 und 1971–1974 war er Politischer und Rechtsberater der UN-Friedenstruppen im Nahen Osten (UNTSO, UNEF I und UNEF II).

Dr. Christian Tomuschat, geb. 1936, Mitglied der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen, ist Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht der Universität Bonn; 1977–1986 gehörte er dem Menschenrechtsausschuß an.

Am 6. Oktober 1973 überquerten die Streitkräfte Ägyptens den Suezkanal und stießen auf die von Israel seit 1967 besetzte Halbinsel Sinai vor. Gleichzeitig überrumpelten auf den Golanhöhen syrische Truppenverbände die israelischen Außenposten und drangen ungestüm gegen Galiläa vor. Die ersten Kriegstage verliefen sowohl im Süden wie auch im Norden für die Araber wunschgemäß, ja über Erwarten gut; überheblich geworden, verwarfen sie um den 10. Oktober die Möglichkeit eines auch politisch günstigen Waffenstillstands. Kurz danach fing sich Israel und bedrängte durch einen kühnen Vorstoß über die Vorkriegslinien in Richtung Damaskus zuerst die Syrer. Ägyptens Präsident Sadat ließ, um seinen Verbündeten zu entlasten, sodann den Großteil seiner Panzereinheiten gegen Norden ausschwärmen. Diese wurden zermalmt; israelische Kampfverbände, gestärkt durch eine amerikanische Luftbrücke gewaltigen Ausmaßes, überquerten ihrerseits den Suezkanal in Richtung Ismailia und Kairo. Die Araber standen vor einer vernichtenden Niederlage und bestürmten ihren Verbündeten, die Sowjetunion, um sofortige Hilfe. Der Weltfrieden geriet in Gefahr, aber Moskau und Washington sprangen gemeinsam rettend ein. Am 20. Oktober traf US-Außenminister Kissinger in der sowjetischen Hauptstadt ein. Wie der Verfasser näher erläutert, wurden in den folgenden Gesprächen mit Breschnew und Gromyko die Grundzüge nicht nur für einen sofortigen Waffenstillstand, sondern auch für eine Friedenskonferenz festgelegt; diese fand denn auch zwei Monate später, am 21. und 22. Dezember 1973, unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion und der Vereinten Staaten in Genf statt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen mußte sich mit der Eröffnungsrede begnügen. Daß die Konferenz nur knapp 24 Stunden dauerte, auf Außenministerebene nur eine einzige Sitzung stattfand und es nicht zu einer Wiedereinberufung kam, hatte seine Gründe.

Israel hatte kein Vertrauen in die Vereinten Nationen, wo es regelmäßig einer erdrückenden, ihm nicht wohlgesonnenen Mehrheit gegenüberstand; seine Regierung hatte sich deshalb mit aller Entschiedenheit für den in Moskau ausgehandelten Rahmen für Friedensgespräche eingesetzt, welcher der Weltorganisation nur eine Nebenrolle zubilligte und überdies die von Israel so sehr erstrebten direkten Verhandlungen mit seinen Nachbarn vorsah. Die arabische Seite hätte eigentlich, wie allgemein erwartet wurde, auf eine Hauptrolle für die Weltorganisation drängen sollen; aber ihre äußerst mißliche militärische Lage Ende Oktober hatte sie natürlich gefügig gemacht. Dazu kam, was noch stärker ausschlaggebend war, daß Sadat, bis dahin völlig verkannt, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Nasser gewillt war, mit der alleinigen Unterstützung der Vereinten Staaten — des engsten Verbündeten Israels, der nur Tage zuvor mit seiner Luftbrücke den jüdischen Staat vor dem Schlimmsten bewahrt hatte — den Weg zu einem gerechten Nahost-Frieden zu beschreiten. Es machte ihm daher nichts aus, auf einen unverfälschten UN-Rahmen zu verzichten; ja, er nahm auch die doppelte Schirmherrschaft für die Genfer Friedenskonferenz nicht ernst und vertraute nur auf eine der zwei Schutzmächte, die USA. Washington entzog sich dieser neuen Verantwortung nicht. Es galt keine Zeit zu verlieren: Die Waffenruhe mußte erhalten bleiben und die Araber mußten beschwichtigt und dazu bewegt werden, das Erdöl wieder in Richtung Westen und Japan fließen zu lassen. Kissinger verstand es, gemäß den Vorstellungen Ägyptens, Syriens und Israels eine Reihe von Truppenentflechtungen zu verwirklichen, die schließlich, wenn auch Jahre später, zum Camp-David-Frieden zwischen Ägypten und Israel führten.

Es bleibt hinzuzufügen, daß am Genfer Treffen von 1973 — neben den zwei Großmächten — Ägypten, Jordanien und Israel teilnahmen, Syriens Sessel aber leer blieb. In der Einladung wurden auf Drängen Israels die Palästinenser mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn die palästinensische Befreiungsorganisation; nur die Möglichkeit weiterer Teilnehmer zu einem späteren Zeitpunkt wurde offen gelassen. Es erübrigt sich zu betonen, daß für eine künftige Nahost-Konferenz die wichtige Frage einer palästinensischen Beteiligung in anderer Weise gelöst werden muß.

kann daher nur hoffen, daß sich die PLO nicht allzu widerspenstig gebärdet; er zählt offenkundig auf die Sowjetunion, um die zu erwartenden Querschüsse in Grenzen zu halten. Mit Syrien steht Moskau eine ähnliche Aufgabe bevor, denn Assad wird, wenn nicht alles täuscht, ohne Verzug darauf dringen, die Einverleibung des Golan rückgängig zu machen — für Israel eine heikle Kernfrage, in der Sicherheitserwägungen schwerer wiegen als die Aufgabe von Siedlungen.

Die ihm von Arafat versagte Rückendeckung will Hussein sich nun bei den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats holen, vor allem natürlich bei beiden Großmächten. Die Bedeutung einer sowjetischen Mitwirkung wurde soeben hervorgehoben; es erübrigt sich zu unterstreichen, welche beherrschende Rolle Washington bezüglich Israels spielen muß. Trotz dieser bemerkenswerten Abschirmung, die von UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar noch verstärkt würde, fragen sich Husseins Freunde, warum er sich in ein solches Abenteuer stürzen will, in ein Wagstück, das dem Haschemitischen Königreich zum Verhängnis werden könnte. Die Antwort, wie schon angedeutet, wirkt von seiner Warte aus gesehen einleuchtend: Seine Verbundenheit mit den Palästinensern und der Arabischen Welt und seine weiterbestehenden, kaum verdeckten Ansprüche auf das Westufer, das von 1948 bis 1967 unter jordanischer Hoheit stand, zwingen ihn geradezu zum Handeln. Die Geheimgespräche, die er seit Jahren regelmäßig mit hohen israelischen Regierungsvertretern führt, genügen ihm, so nützlich sie auch sind, nicht — die Weltöffentlichkeit soll wachgerüttelt werden. Dazu wäre eine Friedenskonferenz und deren Vorbereitung dienlich.

II

Ihre Zweckmäßigkeit ist freilich in Israel, wie schon erwähnt, heftig umstritten. Kurz zusammengefaßt, erklären sich die Befürworter im voraus bereit, einer Friedensregelung zuzustimmen, die mit der Räumung beträchtlicher Teile der besetzten Gebiete verbunden ist, während die Gegner jeglichen Rückzug ablehnen. Letztere befürchten auch, daß in einer Konferenz das Los der seit 1948 vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) betreuten palästinensischen Flüchtlinge in Gaza, Libanon und Jordanien sowie die Frage der Jerusalemer Altstadt sich nicht ausklammern ließen und daß sogar der UNO-Teilungsplan von 1947 wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte.

Es wäre verfehlt, wie einige Befürworter es tun, die Genfer Konferenz von 1973 als Vorbild zu nehmen, denn diese war keine Friedenskonferenz im eigentlichen Sinne, sie war es nur dem Namen nach. Auf tönernen Füßen steht auch die Behauptung, daß sie schließlich zum Camp-David-Friedensabkommen zwischen Ägypten und Israel geführt habe (das bekanntlich durch den tatkräftigen Einsatz von Präsident Carter zustande kam). Es sei hier in Erinnerung gerufen, daß die Genfer Begegnung ihren Anstoß in Moskau erhielt, als US-Außenminister Henry Kissinger sich mit KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew und Außenminister Andrei Gromyko unter großem Zeitdruck über die Einstellung der Feindseligkeiten im Oktoberkrieg beriet; zu jenem Zeitpunkt waren die ägyptischen und syrischen Streitkräfte nach anfänglich höchst bemerkenswerten Erfolgen in eine ausweglose Zwangslage geraten, und es galt auf schnellstem Wege einen Waffenstillstand auszuhandeln, um den Weltfrieden zu gewährleisten. Gleichzeitig vereinbarten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, unter ihrem »angemessenen Schutz« in Genf eine Friedenskonferenz abzuhalten. Schon vor ihrer Einberufung war jedoch Präsident Anwar Sadat fest entschlossen, seinen Verbündeten, die Sowjetunion, auszuschalten und sich gänzlich auf Washington abzustützen. Präsident Richard Nixon und sein Außenminister Kissinger ergriffen die sich bietende Gelegenheit beim Schopfe, und letzterer entwickelte mit unvergleichlichem Geschick seinen Pendelverkehr zwischen Jerusalem und Kairo. Nicht nur verstand Kissinger jeder Einmischung Gromykos — ohne ihn, wie er sagt, dabei zu demüti-

Schamir und Arafat

gen — entgegenzuwirken, sondern auch allen Kernfragen auszuweichen und durch schrittweises Vorgehen ausschließlich Truppenentflechtungen durchzusetzen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Ende Oktober israelische Truppen weniger als 100 km vor der ägyptischen Hauptstadt und 32 km vor Damaskus standen, daß überdies im Sinai die ägyptische III. Armee eingekesselt war, wäre es unsinnig gewesen, eine umfassende Gesamtlösung, also eine Friedensregelung, anzustreben — ein Unterfangen, das kläglich und mit schwerwiegenden Folgen gescheitert wäre. Seine Feinde, voll des Neides, behaupten noch heute, daß er damals eine einmalige Gelegenheit verpaßt habe, den ganzen Nahen Osten zu befrieden! Ebenso unsinnig ist es, Sadats mutige Reise nach Jerusalem und den Camp-David-Friedensschluß als einer Gesamtlösung abträglich zu verurteilen. Wie kann man übersehen, daß so die Gefahr erneuter kriegerischer Auseinandersetzungen auf dem Sinai gebannt wurde!

Kissinger hat mit entwaffnender Offenheit mehrfach zugegeben, daß es ihm an Eitelkeit nie gefehlt hat. Die Entflechtungen wären, wie ich zu behaupten wage, auch ohne den Genfer Rahmen möglich gewesen — der Sicherheitsrat wäre eingesprungen und hätte seine Pflicht und Schuldigkeit getan —, doch hätte der amerikanische Außenminister sein Ziel ohne die kraftvolle Hilfe der Vereinten Nationen nicht erreicht. Daß sie nicht nur bei der Durchführung der verschiedenen Entflechtungen unersetzlich war, sondern auch bei der Verhandlung der heikelsten unter ihnen — nämlich der vom Oktober und November 1973 im UNO-Zelt beim Kilometerstein 101 in der Arabischen Wüste — eine durchschlagende Rolle spielten, kommt in Kissingers packenden Memoiren nicht genügend zum Ausdruck, obwohl sie von Einzelheiten strotzen. Als der Politische und Rechtsberater des UNEF-Befehlshabers General Ensio Siilasvuo — der mit der Unterstützung des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim in New York im UNO-Zelt mit sicherer Hand über Wochen hinweg den Vorsitz führte — darf ich mir, ohne selbst eitel zu sein, diese Bemerkung erlauben. Wir hatten im Zelt mit den hervorragenden Unterhändlern General Aharon Yaariv sowie Moshe Dayans Schwiegersonn Oberst Dov Sion einerseits und General Abdel Ghany el-Gamasy andererseits im vertrauten Verhältnis einen Rahmen geschaffen, der sich für ein rasches Vorgehen ausgezeichnet bewährte. Die ansehnliche Schar von Berichterstattern (darunter der schon damals bekannte Arnaud de Borchgrave von »Newsweek«), die Tag für Tag unser Zelt belagerten, war dafür ebenfalls ein schlüssiger Beweis. Selbst Kissinger räumt es ein, wenn er schreibt, daß die Gespräche beim Kilometer 101 rascher vorwärts kamen, als er nach seinen Verhandlungen mit Sadat erwartet hatte; er gibt auch zu, daß ihm, »um offen zu sein«, nicht sehr viel daran lag, daß wir im Zelt vor Genf zum Durchbruch kämen. Gleich anschließend stellt er auch die Frage: »Nehmen wir an, Yaariv wird zum großen Helden der Truppenentflechtung, was wollen . . . Sie . . . dann in . . . Genf noch besprechen?« Den wahren Grund enthüllt er auf derselben Seite: Er »wollte dafür sorgen, daß die Vereinten Staaten bei den Verhandlungen die entscheidende Rolle spielten.« (Nixon, von Watergate schon schwer angeschlagen, benötigte dringend einen Erfolg.) Womit Kissinger uns nicht gerecht wird, ist seine wiederholte Aussage, daß die Gespräche am Kilometer 101 »scheiterten«. Der Wahrheit ist gedient, wenn man bekräftigt, daß Sadat und Frau Golda Meir, die beide auf eine sofortige Entflechtung drangen, sich nur widerwillig von Kissinger umstimmen ließen, die Verhandlungen in der Arabischen Wüste abbrechen. Er beging danach nicht mehr den gleichen Fehler und handelte die weiteren Truppenentflechtungen allein aus — ohne uns. Wir im Zelt, nunmehr mit General David Elazar und Dov Sion, aber wiederum mit General el-Gamasy, waren lediglich für die Vollstreckung des von Kissinger Vereinbarten verantwortlich. Dies wurde durch die Anwesenheit zweier seiner engsten Mitarbeiter bei der Unterzeichnung im UNO-Zelt im Januar 1974 verdeutlicht.

Trotz der obigen Richtigstellung bezüglich des Beitrages der Vereinten Nationen steht fest, daß Kissinger eine Meisterlei-

Auch nach Monaten werden unsere Medien nicht müde, über die Bemühungen des israelischen Außenministers Peres zu berichten, eine internationale Nahost-Friedenskonferenz zusammenzubringen. Mit derselben Unermüdlichkeit berichten sie spätestens am nächsten Tag, daß Ministerpräsident Schamir erneut seine kompromißlose Ablehnung einer internationalen Konferenz bekräftigt habe. Solange Peres in erster Linie über vorgezogene Knesset-Wahlen einen Machtwechsel zugunsten des Arbeiterblocks anzustreben schien, waren seine Manöver zweifellos spannend. Nachdem sich Schamir aber behaupten konnte, fragt sich, warum Peres weitermacht, obwohl er kaum mit der für einen Kompromißfrieden notwendigen breiten Mehrheit in Israel rechnen kann.

Das gilt ähnlich für König Hussein von Jordanien, der auf der Gegenseite um internationale Unterstützung für eine Friedenskonferenz wirbt, obwohl er kaum mit einer breiten Zustimmung der Palästinenser rechnen kann, seit der PLO-Vorsitzende Arafat jene Vereinbarung vom Frühjahr 1986 aufkündigte, die Hussein ein Verhandlungsmandat eingeräumt hatte.

In den von Israel besetzten Gebieten scheinen nur wenige etwas von einer internationalen Konferenz zu erhoffen. Ein palästinensischer Gesprächspartner unterstreicht dies mit einem alten jüdischen Witz: Nachdem Moise dem Jockele im schwachen Licht einer Straßenlaterne eine Weile bei der Suche nach einem verlorenen Geldstück geholfen hat, will er wissen, ob er den Schekel denn auch sicher hier verloren habe, worauf ihm Jockele erwidert: »Nein, verloren habe ich ihn dort auf der anderen Seite — aber hier ist das Licht!«

Nichts in der alltäglichen Realität unter der Besatzungsmacht deutet auf eine Bereitschaft Israels, die »unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes« anzuerkennen und deren Verwirklichung zu gewährleisten, wie dies in UN-Resolutionen seit über einem Jahrzehnt als eines der Prinzipien einer umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedenslösung gefordert wird. Dem mit diesen Rechten verbundenen Traum von einem palästinensischen Staat steht im Gegenteil die tägliche Erfahrung mit stetig neu zuziehenden Juden gegenüber, die keinen Zweifel an ihrem Anspruch auf das ganze »Eretz Yisrael« lassen.

Während Großmächte und Europäer die Voraussetzungen diskutieren, unter denen die Rahmenbedingungen für den Entwurf einer Tagesordnung geklärt werden könnten, werden die besetzten Gebiete in geradezu atemberaubendem Tempo durch massive Landenteignungen für Bau- und Siedlungsmaßnahmen, durch die Anlage einer ganz auf Israels Bedürfnisse ausgerichteten Infrastruktur und durch zunehmende soziale Verdrängung der Palästinenser integriert. Übergriffe radikaler Siedler und Racheakte von Palästinensern haben als Ausdruck dieses Prozesses auch die offene Gewalt so eskalieren lassen, daß Jerusalems ehemaliger Zweiter Bürgermeister Meron Benvenisti, der die Entwicklungen in den besetzten Gebieten jährlich dokumentiert, bereits von einem »Bürgerkrieg« spricht. Unmittelbare Opfer sind die Palästinenser; mittelbar ist aber auch Israel in seiner Substanz als demokratische Gesellschaft bedroht.

Auch für Israel wird darum ein Frieden, zumindest ein Ausgleich mit den Palästinensern immer dringlicher. Nur können diesen Ausgleich nicht Peres und Hussein mit einer Konferenz herbeiführen, sondern letztlich nur Schamir und Arafat. Die Einsicht, daß der Arbeiterblock wohl Kriege führen, aber nur der Likudblock Frieden schließen kann, veranlaßte zwei PLO-nahe Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten, Faisal Husseini und Sari Nuseibeh, in monatelangen Geheimverhandlungen mit Moshe Amirav, einem Zentralkomitee-Mitglied in Schamirs Heruth-Partei, einen Friedensplan auszuarbeiten, der das Recht beider Völker auf Selbstbestimmung in einer geteilten Heimat anerkennt: In einer israelisch-arabischen Konföderation zu beiden Seiten des Jordan sollte sich die Souveränität der Palästinenser auf Jordanien beschränken, während sie sich auf dem Westufer mit einer weitgehenden Selbstregierung mit allen äußeren Zeichen staatlicher Autorität (Fahne, Hymne, Währung etc.), aber unter israelischer Souveränität und mit israelischer Armee, zufrieden geben — ohne damit das Endziel eines palästinensischen Staates aufgeben zu müssen.

Als diese Verhandlungsergebnisse im September an die Öffentlichkeit drangen, wurde Amirav von eigenen Parteifreunden als naiv, geltungssüchtig und verantwortungslos beschimpft, Husseini von der Armee wegen Bedrohung der Sicherheit verhaftet und Nuseibeh von Vermummten auf dem Campus der palästinensischen Birzeit-Universität krankenhaushausreif geprügelt. Viel zu weit sind die Ergebnisse von maximalistischen Vorstellungen entfernt. Doch nur aus dem Lager der Maximalisten selbst können letztlich mutige Männer kommen, die bereit sind, Kröten nicht nur aufzutischen, sondern auch zu schlucken: für Israel, mit der PLO über die Zukunft Palästinas zu verhandeln, und für die PLO, mit weniger als einem souveränen Staat zufrieden zu sein. *Friedemann Büttner* □

stung vollbrachte. Die höchste Anerkennung zollte ihm Assad, der seinerseits auf Anraten Sadats und des algerischen Präsidenten Boumedienne die Truppenentflechtung im Norden ihm, Kissinger, anvertraute und den sowjetischen Außenminister wieder zum Zuschauen verurteilte. Syrien übrigens hatte sich nicht einmal nach Genf bequemt.

III

Es ist eigentlich rätselhaft, daß für diese Genfer Konferenz von 1973 immer wieder die Werbetrommel gerührt wurde, um sie am Leben zu erhalten, obschon man kaum der Versuchung widerstehen kann, sie als Schein-Konferenz abzustempeln und ihr auch jede symbolische Eigenschaft abzusprechen. Als Jimmy Carter, angespornt von seinem Außenminister Cyrus Vance und von UN-Kreisen, sich um ihre Wiedereinberufung zu bemühen begann, um einer umfassenden Gesamtlösung näher zu kommen, kam ihm Sadat, der dieses Vorhaben mißbilligte, mit seiner Jerusalem-Reise zuvor (1977) und öffnete dabei den Weg zum Friedensvertrag von Camp David mit Israel (1979).

Auf Grund der oben angeführten Erläuterungen darf man ausschließen, so meine ich, daß die von Peres und Hussein so eindringlich befürwortete neue Konferenz diejenige von 1973 als Richtschnur nehmen kann. Die Sachlage ist heute grundverschieden: Sadat konnte den Alleingang wagen und auf die Unterstützung Moskaus verzichten, Hussein kann es nicht; der Kreml kann – und will – die PLO und Syrien, die ihm beide nahestehen, nicht im Stich lassen. Auch sind für Israel und die arabische Seite die zu lösenden Kernfragen ungemein schwieriger als die Truppenentflechtungen von 1973 bis 1975 und Camp David. Es ist schwer vorstellbar, daß die schon jetzt gespaltenen

Israelis, die einflußreichen jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, der amerikanische Präsident und Kongreß sich auf eine gemeinsame Marschrichtung einigen und sie auch einhalten können; eine solche weitgehende Übereinstimmung ist aber eine der Voraussetzungen für Fortschritte. Man darf sich in diesem Zusammenhange nicht wundern, wenn Zweifel laut werden, ob Präsident Reagan in seinem letzten Amtsjahr und nach ›Irangate‹ noch genügend Kraft und Einfluß besitzt, um Unmögliches möglich zu machen. Unter den Palästinensern gibt es (wie anderswo auch) unterschiedliche Strömungen, unnachgiebige und gemäßigte. Bis jetzt hat PLO-Führer Arafat, wenn er in die Enge getrieben wurde, sich stets für die harte Richtung entschieden – auch kein ermutigendes Zeichen für eine Vergleichslösung im Nahen Osten.

In den letzten Monaten hat sich der Schwerpunkt der internationalen Politik zum Golf verlagert, und es ist um die Einberufung einer Konferenz stiller geworden; natürlich auch deshalb, weil es Peres noch nicht gelungen ist, vorzeitige Wahlen zu erzwingen (regulär finden sie im November 1988 statt). Die Gemüter können sich daher wieder etwas beruhigen; etwaige Schritte können neu durchdacht werden. Wenn wir von der Überlegung ausgehen, daß König Hussein ohne Rückendeckung und Israel ohne Beihilfe Washingtons nicht bahnbrechend verhandeln können, scheint es unausweichlich, daß die Vereinigten Staaten ihre letzten Hemmungen abstreifen und gemeinsam mit der Sowjetunion eingehend prüfen, welches Vorgehen sich unter den herrschenden Umständen am besten eignet; im Anschluß daran könnte gegebenenfalls der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen es billigend zur Kenntnis nehmen, wenn die Hauptbeteiligten die Rahmenbedingungen für Gespräche selbst aushandeln.

Am Kilometerstein 101 der Straße Kairo-Suez fanden nach dem Oktoberkrieg von 1973 (seitens der Israelis als ›Yom-Kippur-Krieg‹, seitens der Araber als ›Ramadan-Krieg‹ bezeichnet) die Verhandlungen über eine ägyptisch-israelische Truppenentflechtung statt. Links im Bild (mit dem Rücken zur Kamera) ist der Leiter der israelischen Delegation, Generalmajor Aharon Yaariv, zu sehen; links neben ihm befinden sich Dr. Rémy Gorgé (Politischer Berater des UNEF-Kommandeurs), Generalmajor Ensio Siilasvuo aus Finnland (Befehlshaber der Notstandstreitkräfte der Vereinten Nationen), Hauptmann Fallon aus Irland (UNEF-Angehöriger) und Generalmajor Mohamed Abdel Ghany el-Gamasy (Leiter der ägyptischen Delegation). – Siehe auch Gerhard Menning, Der vierte Nahost-Krieg in den Vereinten Nationen, VN 6/1973 S.202ff.

